

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 101 (2004)
Heft: 6

Vorwort: Editorial
Autor: Schmid, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Editorial

Von gesundem Urteilsvermögen, von Blockierung, von Vertrauensschwund war im Nachgang zur Volksabstimmung vom 16. Mai die Rede, dem denkwürdigen Urnengang, an dem das Volk ein dreifaches Nein zu Steuerpaket, Mehrwertsteuerrhöhung und AHV Revision in die Urne gelegt hatte. Wie soll man das werten? Was bedeutet dieses Verdikt für die Sozialhilfe?

Zunächst werden Gemeinde- und Kantonsbehörden einmal aufatmen. Sie sind einstweilen von Steuerausfällen in Milliardenhöhe verschont geblieben. Diese hätten den ohnehin bestehenden finanziellen Druck auf die Sozialhilfe weiter erhöht. Da die konjunkturellen Aussichten aber nach wie vor wackelig und die Haushaltdefizite gross sind, werden wir allerdings auch nicht vor weiteren Sparpaketen verschont bleiben. Und die Sozialhilfe ist deswegen nicht aus dem Schneider.

Mit dem Nein zum Steuerpaket hat das Volk möglicherweise sagen wollen, dass in seinen Augen nicht alles, was den besser Verdienenden nützt, auch der Allgemeinheit frommt. Der Zusammenhang zwischen tiefer Fiskalquote und wirtschaftlichem Aufschwung wird nicht mehr überall einfach hingenommen. Schliesslich gibt es Länder mit höherer Steuerbelastungen, die aber mehr Wachstum aufweisen als die Schweiz. So könnte das Ergebnis als Manifestation eines Bürgersinns verstanden werden, der einen gewissen sozialen Ausgleich im Land für richtig hält.

Das Nein zur Mehrwertsteuer trifft vor allem die IV, welche nun weiter im Sumpf der Defizite zu versinken droht. Ohne die nötigen finanziellen Mittel wird die IV noch stärker unter Druck geraten. Die anstehende 5. IV Revision wird deshalb den Nachweis massiver Einsparungen erbringen müssen. Die Kürzung der Renten und die Erschwerung des Zugangs zur IV dürften die Folge sein und nicht ohne Konsequenzen für die Sozialhilfe bleiben. Wir werden jedenfalls die Vorlage genau auf diesen Aspekt hin anzuschauen haben. Wenn die Menschen, die nicht mehr zur Arbeit fähig sind, keine IV Rente mehr bekommen, kann man sich unschwer vorstellen, wer dann für sie aufzukommen hat.

Das Nein zur AHV Revision schliesslich ist ein Nein zum Abbau eines bewährten Sozialwerkes. Es ist wahrscheinlich auch eine Antwort auf die Verunsicherung der Alterssicherung. Debatten über das Rentenalter, Rentenklau und Sozialabbau, Rentenkürzungen und wenig durchsichtige Prämienerhöhungen bei den Pensionskassen sind kaum geeignet, die Bevölkerung auf die demografisch und finanzpolitisch erforderlichen Änderungen der Sozialversicherungen hinzuführen. Hier bräuchte es zu allererst das unzweideutige, grundsätzliche Bekenntnis, dass die soziale Sicherung nicht zur Disposition steht, wohl aber Rechte und Pflichten der einzelnen Bevölkerungsgruppen gegenüber den Sozialwerken überprüft werden sollen. Solange die Diskussion darüber aber blockiert bleibt und die langfristige Finanzierung der Sozialwerke vertagt wird, wächst der Preis, den eine nächste Generation dereinst zu zahlen haben wird. Wie lange diese dazu noch bereit sein wird, bleibt abzuwarten.

Walter Schmid, Präsident der Skos